

Seit fünfzehn Jahren wird gebremst

2003 trat die Schuldenbremse auf Bundesebene in Kraft – über deren Auswirkungen wird noch immer gestritten

Von Michael Surber

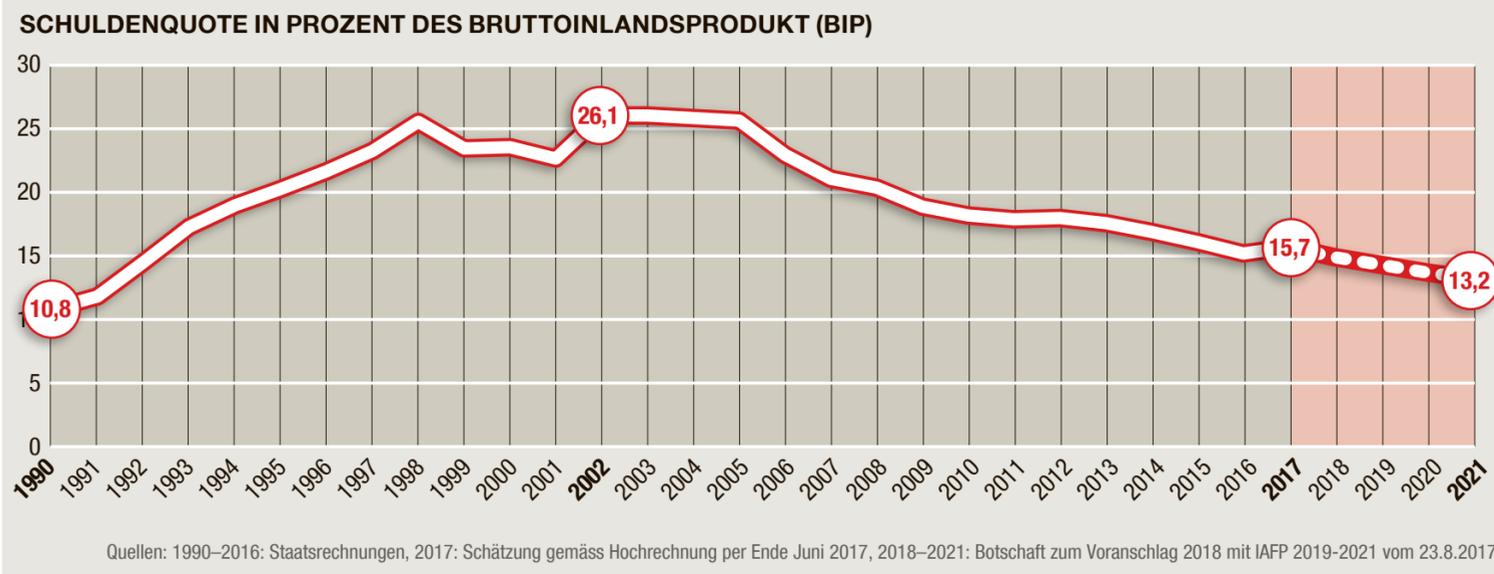
Basel. Die Einsicht, dass es nicht wie in den rund zehn vorangegangenen Jahren weitergehen konnte, war in der Bevölkerung ganz offensichtlich angekommen. Die Entwicklung war denn auch eindrücklich und besorgniserregend: Seit Anfang der 1990er-Jahre nahm die Verschuldung des Bundes exorbitant zu: Betrug die Schulden 1990 noch gut 38,5 Milliarden Franken, so waren es zehn Jahre später schon 108,1 Milliarden Franken. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt machten die Schulden des Bundes 1990 noch 10,8 Prozent aus, 2002 waren es bereits 26,1 Prozent (siehe Grafik).

Die Rezession der Neunzigerjahre in der Schweiz hinterliess im Haushalt des Bundes deutliche Spuren. Es galt, dieses stete Schuldenwachstum irgendwie in den Griff zu bekommen und wenn möglich gar umzukehren. Dieser Ansicht waren am 2. Dezember 2001 auch Stimmbewohner und Stände. Sie sprachen sich äusserst deutlich, mit 84,7 Prozent Ja-Stimmen für die bis heute die Budgetdebatten strukturierende Schuldenbremse aus.

Vor 15 Jahren, im Januar 2003, trat diese schliesslich in Kraft. Der verfassungsmässige Auftrag lautet seither: Der Bund soll «Einnahmen und Ausgaben auf Dauer im Gleichgewicht halten». Der Bund darf also nur so viel ausgeben, wie er einnimmt – korrigiert um einen sogenannten Konjunkturfaktor. Dieser besagt, dass bei einer Rezession gewisse Defizite im Budget erlaubt sind, bei guter Wirtschaftslage müssen jedoch Überschüsse generiert werden.

Verlockungen antiken Zuschnitts

Die treibende Kraft hinter diesem neuen finanzpolitischen Instrument war der damalige Bundesrat und Vorsteher des Finanzdepartements, Kaspar Villiger. Der «Vater der Schuldenbremse», wie er seither mancherorts genannt wird, setzte die Idee im



Trendumkehr gelungen. Seit Einführung der Schuldenbremse reduziert sich die Schuldenlast des Bundes gemessen im Verhältnis zum BIP kontinuierlich. Grafik BaZ

Bundesrat durch. Schliesslich folgten ihm eine Parlamentsmehrheit in beiden Kammern sowie Volk und Stände. Dabei gab es vor allem im Parlament prononcierten Widerstand. Eine linke Minderheit im Parlament argumentierte, dass ein solcher Automatismus die Hoheit des Parlaments bei der Gestaltung des Budgets zu stark einschränken würde.

Doch genau darin liegt bis heute eine der segensreichen Wirkungen des Instruments: die verfassungsmässige Bändigung von Begehrlichkeiten seitens des Parlaments. Kaspar Villiger erklärte diese Idee im Abstimmungskampf 2001 mit einem Verweis auf die Antike: «Die Schuldenbremse macht finanzpolitische Disziplin zur Regel. Wenn sich schon Odysseus an den Mast binden liess, um nicht den Gesängen der Sirenen zu erliegen, so ist es gewiss nicht schlecht, wenn sich auch die Politik gegen Verführungen wappnet.»

Ganz ohne Vorbild agierte Kaspar Villiger nicht. So kannten vorher schon vereinzelte Kantone einen solchen Mechanismus zur Begrenzung der Schulden. Der Kanton St. Gallen operiert beispielsweise seit den späten 1920er-Jahren mit einer Schuldenbremse. Die Einführung auf nationaler Ebene hatte aber zur Folge, dass diese in immer mehr Kantonshaushalten Anwendung fand – auch die Kantone Basel-Stadt und Basel-Land kennen eine Schuldenbremse. In diesem Sinne machte Villigers Neuerung durchaus Schule.

Wie ein Blick auf die Zahlen zeigt, scheint die Rechnung bei den Bundesfinanzen aufzugehen: Seit der Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003 verringerten sich die Schulden des Bundes um rund 25 Milliarden Franken auf gut 100 Milliarden Franken (Stand 2016). In den vergangenen 15 Jahren wies das Jahresbudget noch

genau dreimal ein kleineres Defizit aus, in den restlichen Jahren schloss man mit einem Überschuss ab.

«Sie bremst viel zu stark»

Ob diese Entwicklung wirklich allein der Schuldenbremse zu verdanken ist, wird von Kritikern bezweifelt. Die positive Schuldenentwicklung ist ihrer Meinung nach primär auf verbesserte gesamtwirtschaftliche Umstände zurückzuführen, namentlich auf das im Vergleich zu den 1990er-Jahren höhere Wirtschaftswachstum: Wuchs das BIP zwischen 1993 und 2003 um rund 16 Prozent, betrug das Wirtschaftswachstum im darauffolgenden Jahrzehnt etwa 24 Prozent. In wirtschaftlich guten Zeiten sprudeln mehr Steuereinnahmen in die Bundeskasse, was einen positiven Effekt auf das Jahresergebnis zeitigt.

Dieser Argumentation stehen international vergleichende Studien gegen-

über, die zeigen, dass die Schuldenbremse auch unter Berücksichtigung des Wirtschaftswachstums die gewünschte Wirkung entfaltetete.

Eine prononciert kritische Stimme gegen das Instrument der Schuldenbremse ist der Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), Daniel Lampart. In regelmässigem Abstand spricht sich Lampart, der sich schon als Ökonom in den frühen Nullerjahren an der ETH mit der Schuldenbremse beschäftigte, gegen diese aus: «Wäre die Schuldenbremse des Bundes eine Velobremse, möchte niemand damit fahren. Sie bremst viel zu stark und behindert das Vorankommen der Wirtschaft», bilanzierte er Ende letztes Jahr. Die Schuldenbremse führe zu einer viel zu restriktiven Finanzpolitik, die öffentliche Hand müsse daher bei den Investitionen und «neuerdings sogar bei der Bildung» zu sehr auf die Bremse stehen.

Nachrichten

CVP-Nationalrat Jakob Büchler tritt zurück

St. Gallen. Nach 15 Jahren im Nationalrat hat der 65-jährige St. Galler CVP-Politiker Jakob Büchler seinen Rücktritt auf März 2018 angekündigt. Büchler wurde 2003 in den Nationalrat gewählt. Die Schwerpunkte seiner politischen Tätigkeit waren die Landwirtschafts- sowie die Sicherheitspolitik. Als Nachfolger steht Olma-Direktor Nicolo Paganini (51) bereit. SDA

Hoteliers müssen für Urheberrechte bezahlen

Lausanne. Hotels und Gastgewerbebetriebe müssen für die angebotenen Radio- und TV-Programme urheberrechtliche Vergütungen bezahlen. Dies hat das Bundesgericht entschieden. Die Verbände Gastrosuisse und Hotellerieuisse waren der Ansicht, dass für den Konsum von Radio und Fernsehen in Gästezimmern eine gesetzliche Grundlage für die Gebührenpflicht fehle. SDA

Kein Waffenschein für IZRS-Präsident Blancho

Bern. Der Präsident des Islamischen Zentralrats Nicolas Blancho darf keine Waffe kaufen. Der Waffenerwerbsschein sei Blancho zu Recht verweigert worden, entschied das bernische Verwaltungsgericht. In Videobotschaften distanzieren sich Blancho nicht klar von der Anwendung von Gewalt, heisst es in dem Urteil. Das hängige Verfahren der Bundesanwaltschaft liefere zudem konkrete Anhaltspunkte dafür, dass bei Blancho keine Gewähr für einen verantwortungsbewussten und gesetzmässigen Umgang mit einer Waffe gegeben sei. Die Berner Kantonspolizei und die Polizeidirektion hätten das Gesuch zu Recht abgelehnt, befand das Gericht und wies Blancos Beschwerde ab. SDA

Bauernverband kritisiert zu tiefe Preise

Geplante Marktöffnung sorgt für Unmut

Derendingen (SO). Der Schweizer Bauernverband (sbv) gibt gleich zu Beginn des neuen Jahres den Tarif durch. An seiner Jahresmedienkonferenz bekräftigt er seinen Unmut über die vom Bundesrat geplante Marktöffnung. Eine nachhaltige Landwirtschaft sei zu Weltmarktpreisen nicht zu haben, so der Tenor. Auf einem Milchbetrieb im solothurnischen Derendingen stellte der Bauernverband gestern den «fairen Handel» ins Zentrum. Dazu präsentierte er einen Bericht. Das verkürzte Fazit: «Es besteht Handlungsbedarf.»

Laut dem Branchenverband leidet die Masse der landwirtschaftlichen Rohstoffe global unter keineswegs fairen Bedingungen. Dies gelte auch für die Schweiz: «Tiefe Produzentenpreise und zu tiefe Einkommen führen dazu, dass viele Landwirte und Bäuerinnen sich lieber anderswo eine Arbeit suchen», sagte der Freiburger FDP-Nationalrat und Direktor des Schweizer Bauernverbands, Jacques Bourgeois, gemäss Communiqué.

Zu wenig Geld für Produzenten

Besonders gross sei der Strukturwandel in der Milchwirtschaft. Dort lebten viele Landwirte von der Substanz und könnten sich daher keine Investitionen leisten. Doch auch in anderen Branchenzweigen sei die «unfaire Einkommensverteilung» die Norm. «Die Bauern investieren die meisten Stunden für den geringsten Verdienst», sagte Martin Rufer, Leiter Departement Produktion, Märkte & Ökologie gestern. Beispielsweise machten die Kosten für das Getreide zwischen sechs und elf Prozent des Preises eines Brotes aus. «Es braucht in den Wertschöpfungsketten ein Umdenken», sagte Rufer weiter.



Markus Ritter.

Gefordert sind aber auch die Bauernfamilien, die mit mehr Direktverkauf sowie kürzeren Wegen zum Konsumenten oder dem Aufbau von entsprechenden Genossenschaften und Labeln versuchen könnten, ihren Anteil am Konsumentenfranken zu erhöhen», heisst es im gestern vorgestellten Bericht.

Das grösste Sorgenkind aber bleibe die grosse Menge wenig differenzierbarer Produkte, die an die grossen Abnehmer gehen. «Gefragt sind grundsätzlich angemessene Preise, welche die Kosten decken und Investitionen in die Zukunft erlauben», sagte der St. Galler CVP-Nationalrat und Bauernverbandspräsident Markus Ritter in Derendingen.

Dies sei die Voraussetzung für eine nachhaltige, umweltschonende und tierfreundliche Landwirtschaft, ergänzte die Waadtländer Grünen-Nationalrätin Adèle Thorens. Mit der Fair-Trade-Initiative will ihre Partei dafür sorgen, dass sich die Schweiz für bessere Bedingungen für die Bauern auf der ganzen Welt einsetzt.

Der gemeinsame Appell lautet: fairer Handel statt Freihandel. Für den Bauernverband steht insbesondere der Bundesrat in der Verantwortung. «Wenn dieser die Schweizer Landwirtschaft mit einer Marktöffnung markant schwächen will – wie er dies in seiner Gesamtschau zur Agrarpolitik vorschlug, dann ist das für uns inakzeptabel», sagte Bauernverbandspräsident Ritter. Er sei aber offen für Gespräche. SDA

Mehr Praxisnähe für Fachhochschulen gefordert

Komitee kritisiert Doppelstrukturen und fehlende Qualitätskontrolle

Bern. Seit mehr als 20 Jahren kennt die Schweiz ein per Bundesgesetz abgestütztes Fachhochschulwesen – derzeit studieren laut Swisssuniversities rund 70'000 Personen an Fachhochschulen, davon sind 85 Prozent in Bachelorstudiengängen eingeschrieben. Vertreter aus Wirtschaft und Politik finden nun, dass dieses Berufsbildungssystem im Hochschulbereich seine eigentliche Bestimmung mittlerweile nicht mehr erfüllt: Es sei zu wenig praxisnah und grenze sich nicht genug von den Universitäten und Eidgenössischen Technischen Hochschulen ab, sagten Komiteemitglieder gestern an einer Medienkonferenz in Bern.

Die fehlende Abgrenzung zu den universitären Bildungsgängen führe dazu, das teure Doppelstrukturen geschaffen würden. Auch eine wirkliche Qualitätskontrolle fehle. Die Kantone seien zwar als Träger für die Qualität verantwortlich, doch diese hätten sich eine Blase geschaffen, in der sie jeweils ihre eigenen Vorgaben pflichtgemäss erfüllen, so der Vorwurf.

Der mangelnde Praxisbezug in der Lehre beginne bereits bei den Dozenten: Die Anzahl der unterrichtenden Personen mit Praxiserfahrung habe in den letzten 20 Jahren abgenommen, bemängeln die Vertreter aus der Wirtschaft und Politik. Absolventen seien heute im Fachhochschulbereich häufig schwächer ausgebildet als auch schon, sagte Lorenz Zellweger, Geschäftsführer und Inhaber der gleichnamigen Ingenieurberatungsfirma.

Er hat deshalb mit 100 Ingenieuren und Wirtschaftsvertretern einen «Aufruf zur Stärkung der Ausbildung an den technischen Fachhochschulen» unterschrieben. Stefan Schneeberger, Ingenieur und Geschäftsleiter eines KMU, sieht die Problemstellen im täglichen Geschäft: «Wir brauchen keine eierlegenden Wollmilchsäue», sagte Schnee-

berger. Anstatt Kenntnisse im Projektmanagement zu vermitteln, sei es angebracht, Fachhochschüler mit «solidem Ingenieurwissen» auszustatten.

Fachhochschulen widersprechen

Einen Lösungsansatz sieht das Komitee in der besseren Zusammenarbeit der Fachhochschulen untereinander – dies soll im Austausch mit Industrieunternehmen erfolgen, damit eine Praxis-tauglichkeit auch wirklich gegeben ist. Auch auf politischer Ebene gibt es Bemühungen: Nationalrätin Andrea Gmür-Schönenberger (CVP, LU) und der Berner Grossrat Samuel Krähenbühl (SVP) haben in den jeweiligen Parlamenten Postulate eingereicht, um die Abgrenzung der Fachhochschulen zu stärken und den Praxisbezug zu fördern. Eine tief greifende Änderung des Fachhochschulgesetzes von 1995 ist in ihren Augen dafür allerdings nicht notwendig – vielmehr sollen bestehende Regeln genauer eingehalten werden.

Die Fachhochschulen lassen diese Vorwürfe nicht gelten: Das Alleinstellungsmerkmal der «wissenschaftsbasierten Praxisorientierung» der Fachhochschulen sei keine «Naturkonstante», teilte Crispino Bergamaschi, Direktionspräsident der Fachhochschule Nordwestschweiz und Präsident der Kammer FH Swisuniversities, auf Anfrage mit. Vielmehr müsse diese Orientierung ständig «reflektiert und aktuell gehalten werden». Die Anforderungen an eine Ingenieurin oder einen Ingenieur seien nicht mehr dieselben wie noch vor 30 Jahren. Neben Fachwissen sei es wichtig, mit digitalen Werkzeugen souverän umzugehen und auch in der Lage zu sein, die Resultate in einem internationalen Umfeld zu kommunizieren. Solche Aufgabenstellungen würden fast ausschliesslich von Praxispartnern selbst kommen, sagte Bergamaschi. SDA